

## Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	<b>Kreistag Stendal</b>
Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 10.06.2010
Sitzung Nummer:	8 ( KT/08/2010)
Sitzungsdauer:	17:01 - 19:00 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungssaal "Stendal"

---

Lothar Riedinger  
Vorsitzender

---

Gabriela Grimm  
Protokollführerin

---

### **Anwesend:**

#### Vorsitz

Herr Lothar Riedinger

#### Mitglieder

Herr Günter Bartels  
Herr Arnold Bausemer  
Herr Ralf Berlin  
Herr Dr. Jörg Böhme  
Herr Gerhard Borstell  
Frau Edith Braun  
Herr Uwe Classe  
Herr Gerald Eisenhut  
Herr Jürgen Emanuel  
Herr Marcus Graubner  
Herr Horst Janas  
Herr Ernst Jesse  
Herr Uwe Klemm  
Herr Peter Krüger  
Herr Dr. Michael Kühn  
Herr Wolfgang Kühnel  
Herr MR Dr. Volkmar Lischka  
Herr Herbert Luksch  
Herr Klaus-Peter Noeske  
Herr Dr. Rudolf Opitz  
Frau Christine Paschke  
Herr Bernd Prange  
Herr Hartmuth Raden  
Herr Detlef Radke  
Herr Günter Rettig  
Herr Dr. Henning Richter-Mendau  
Herr Gerd Schlaak  
Herr Waldemar Schreiber  
Herr Nico Schulz  
Herr Eduard Stapel  
Herr Norbert Tanne  
Herr Tilman Tögel  
Herr Eike Trumpf  
Frau Ulrike Weis

Herr Frank Wiese  
Herr Bernd Witt  
Herr Peter Zimmermann

von der Verwaltung

Herr Jörg Hellmuth  
Frau Annemarie Theil  
Herr Carsten Wulfänger

**Abwesend:**

Mitglieder

Herr Ralf Bergmann  
Herr Dieter Bolle  
Herr Detlef Braune  
Herr Hardy Peter Güssau  
Herr Rüdiger Kloth  
Herr Norbert Krebber  
Frau Katrin Kunert  
Frau Dr. Helga Paschke  
Herr Tiemo Schönwald  
Herr Torsten Werner

**Tagesordnung:**

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Kreistagsmitglieder und der Tagesordnung
- 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 7. Sitzung des Kreistages Stendal am 22.04.2010
- 5 Veränderte Haushaltssatzung und veränderter Haushaltsplan 2010 sowie Weiterführung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen - Austauschvorlage -  
Vorlage: 140/2010
- 6 Beschluss über den Einführungstermin der doppischen Rechnungsführung  
Vorlage: 095/2010
- 7 Austritt des Landkreises Stendal aus dem Zweckverband Naturpark Colbitz-Letzlinger-Heide  
Vorlage: 132/2010
- 8 Entsendung der Verbandsvertreter des Landkreises Stendal in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Naturpark Colbitz-Letzlinger Heide  
Vorlage: 133/2010
- 9 Organisation des Brandschutzes im Landkreis Stendal nach der Gemeindegebietsreform  
Vorlage: 137/2010
- 10 2. Änderungssatzung zur Satzung zur Gewährung einer Entschädigung für ehrenamtlich tätige Bürger im Brand- und Katastrophenschutz im Landkreis Stendal  
Vorlage: 136/2010
- 11 Entsendung eines neuen Vertreters des Landkreises Stendal in den Aufsichtsrat der ALS Dienstleistungsgesellschaft mbH Stendal  
Vorlage: 141/2010
- 12 Abberufung und Berufung von sachkundigen Einwohnern in beratende Fachausschüsse  
Vorlage: 152/2010

- 13 Ergebnisse und Erfahrungen bei der Verringerung der Folgen von Armut bei Kindern im Landkreis Stendal  
- Antrag der Fraktion Die LINKE.-Bündnis 90/Die Grünen -  
Vorlage: 153/2010
- 14 Anfragen und Hinweise
- 

## Protokoll

### **zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Der Vorsitzende des Kreistages, Herr Lothar Riedinger, eröffnet um 17.01 Uhr die 8. Sitzung des Kreistages Stendal und begrüßt die Anwesenden.

### **zu TOP 2 Einwohnerfragestunde**

Herr Prof. Dr. Schülke, BI „Gegen das Steinkohlekraftwerk Arneburg e.V.“, hat Anfragen an den Landrat:

1. Bezugnehmend auf die für das geplante Steinkohlekraftwerk der RWE notwendige Kühlwasserentnahme aus der Elbe und die Wiedereinleitung von produktionsbedingten Abwässern möchte er wissen, inwieweit ein Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis oder Bewilligung zur Gewässernutzung, nämlich zur Entnahme von Oberflächenwasser aus der Elbe und Einleitung von produktionsbedingten Abwässern in die Elbe, von RWE bereits gestellt worden ist bzw. wann und wie dieser entschieden wurde?
2. Für das geplante Steinkohlekraftwerk der RWE ist eine 380 kV Stromtrasse vorgesehen. Inwieweit ist ein entsprechendes Planfeststellungsverfahren für eine Hochspannungsfreileitung von 380 kV bzw. ein Antrag auf Umwandlung einer 110 kV Freileitung in eine solche beantragt oder bereits befürwortet worden?
3. Für das geplante Steinkohlekraftwerk der RWE soll die Kohleanlieferung teilweise per Eisenbahn erfolgen. Da für den Bau von Schienenwegen laut § 18 Allgemeines Eisenbahngesetz die Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens vorgesehen ist, möchte er wissen, ob ein solches bereits stattgefunden hat bzw. für wann dieses geplant ist? Die Frage stellt er deswegen, weil die Stadt Arneburg seit Mai 2009 Grundstückskaufverträge für ein Bahngleis (Bau der sog. Nordkurve) über die Landgesellschaft Sachsen-Anhalt arrangieren lässt.

Der Landrat bemerkt, dass die in den Fragen gestellten Vorhaben nicht über seinen Tisch gegangen sind. Er kann sie somit auch nicht beantworten. Er hat bereits mehrmals betont, dass Genehmigungsbehörde komplett das Landesverwaltungsamt ist. Wenn Sie konkrete Bauanträge oder ähnliches ansprechen, müssten Sie sich an diese Behörde wenden. Wir werden sicherlich bei einzelnen Maßnahmen als Träger öffentlicher Belange zu entsprechenden Stellungnahmen aufgefordert werden.

Herr Padelt bemerkt, dass eine Deponie am Wuster Damm gebaut werden soll. Zur Zeit fahren dort Kipper, deren Ladung mit Planen verdeckt sind. Werden die Kommunen über die Genehmigung dieser Deponie diskutieren? Gibt es Abstimmungen, dass bereits jetzt die Einlagerung erfolgen darf? Wenn ja, wird kontrolliert, was dort hingeliefert wird? Herr Padelt fragt deshalb, weil im Land 30 Tausend Tonnen Giftmüll aus Italien verloren gegangen sind. Danach wird gefahndet. Wenn es noch keine Betriebsgenehmigung dieser Deponie gibt, warum rollen bereits jetzt LKW in noch nicht genehmigtes Gebiet?

Der Landrat bemerkt, dass nach seinem Kenntnisstand eine private Firma eine Bauschuttwiederaufbereitungsanlage bzw. einen Lagerplatz für Erde betreibt. Der Wirtschaftsförderausschuss des Landkreises hat vor genau einem Jahr eine Begehung des Objektes vorgenommen. Der Betreiber plant dort eine Abfalldeponie nach Depo-nieklasse 1 und hat dazu entsprechende Unterlagen und Planungen eingereicht. Es wird ein Genehmigungsver-fahren stattfinden. Das Ergebnis bleibt abzuwarten.

**zu TOP 3 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Kreis- tagsmitglieder und der Tagesordnung**

Der Vorsitzende stellt fest:

- die Ladung zur heutigen Kreistagssitzung erfolge frist- und ordnungsgemäß am 28. Mai 2010,
- der Kreistag ist beschlussfähig (es sind 38 Mitglieder des Kreistages anwesend – siehe Seite 1 Anwesenheitsliste).

Herr Riedinger fragt, ob es Wortmeldungen zur vorliegenden Tagesordnung gibt?

Es bestehen keine Wortmeldungen zur Tagesordnung.

Der Kreistag bestätigt einstimmig die vorliegende Tagesordnung.

**zu TOP 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 7. Sitzung des Kreistages Stendal am 22.04.2010**

Der Vorsitzende verliest ein Schreiben des Stendaler Fernsehens – Offener Kanal e. V., nachdem die Filmaufnahmen auf der Sitzung des Kreistages am 22.04.2010 nicht im Auftrag des Offenen Kanals durchgeführt worden sind.

Des weiteren bemerkt er, dass beim Kreistagsvorstand und beim Landrat keine Einwende gegen die Niederschrift eingegangen sind.

Es bestehen auch jetzt keine Wortmeldungen.

Damit stellt der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Niederschrift der 7. Sitzung des Kreistages Stendal am 22.04.2010 fest.

**zu TOP 5 Veränderte Haushaltssatzung und veränderter Haushaltsplan 2010 sowie Weiterführung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen - Austauschvorlage - Vorlage: 140/2010**

Der Landrat erläutert die Vorlage. Sie entstand auf Grund der Beanstandungsverfügung des Landesverwaltungsamtes. Unsere Aufgabe besteht nunmehr darin, das strukturelle Defizit auf null zu fahren, und es müssen weitere Konsolidierungsmaßnahmen vorgesehen werden. Die intensiven Diskussionen in den Ausschüssen in den vergangenen Wochen haben gezeigt, dass es keine Alternative zu den nunmehr ergriffenen Maßnahmen gibt.

Herr Rettig bemerkt u. a., dass die Meinungen in den Fraktionen und den Ausschüssen zum Thema sehr weit auseinander gehen. Die Veränderungen im Verwaltungshaushalt sind relativ belastbar, da sie auf den Ergebnissen des Jahres 2009 basieren. Wir werten positiv, dass es keine Kürzungen bei den freiwilligen Ausgaben gibt. Knackpunkt ist und bleibt für einige Mitglieder des Kreistages, insbesondere wenn sie gleichzeitig ein Mandat in anderen Kommunen haben, die Erhöhung des Hebesatzes der Kreisumlage von 42,4 auf 44,05 %. Zu bedenken ist, wenn wir den heutigen Beschluss mehrheitlich ablehnen, dass die Bemessungsgrundlage der Kreisumlage von 48,1 % bestehen bleibt und die Kommunen nochmals mit mehr als 3,0 Mio. Euro belastet. Das kann niemand wollen. Die Erhöhung der Kreisumlage ist die Konsequenz der immer schlechter werdenden Rahmenbedingungen und der immer schlechter werdenden Finanzausstattung der Kommunen, und dagegen muss man etwas tun. Wir müssen für eine andere Finanzpolitik kämpfen. Dem vorliegenden Entwurf werde ich meine Zustimmung geben.

Herr Kühnel begrüßt das bereits Gesagte. Wir haben hier zu entscheiden. Wenn wir heute nicht zustimmen, dann müssen die Kommunen über 3,0 Mio. Euro mehr zahlen. Wir müssen jedoch eins dem Landrat mit auf den Weg geben - wir können nicht in jedem Jahr die Kreisumlage erhöhen. Wir fordern Sie auf, Herr Landrat, in allen Bereichen zu sparen. Ob in den Bereichen, wo viel Volumen enthalten ist, und wenn es nicht anders geht, auch beim Personal. Sie haben Zeit, den Haushalt für 2011 vorzubereiten und Sparpotentiale zu suchen. Wir wollen nicht wieder anfangen, wie in den vergangenen Jahren. Eine zweite Sache möchte er noch anmerken. Es wurden bei den freiwilligen Leistungen Sparvorschläge gemacht. Für diese Bereiche ist der Kreistag zuständig. In den vergangenen Jahren wurden wir stets daran erinnert, dass wir einen ganz geringen Anteil von freiwilligen Leistungen im Verhältnis zu den Gesamtausgaben haben. Was wir dort sparen wollen, müssen Sie uns überlassen. Diese Vorschläge dürfen nicht von der Verwaltung kommen. Wir müssen damit anfangen, betriebswirtschaftlich zu denken. Es sollen nicht mit Gewalt, ohne zu überlegen, Stellen abgebaut werden. Aber jetzt muss jede Stelle auf den Prüfstand. Wir alle haben Elektronik an unseren Arbeitsplätzen. Mir ist dadurch sehr viel Arbeit gespart worden. Das sollte man in der Kreisverwaltung richtig angehen, ggf. auch mit Unterstützung von außen. Die CDU-Fraktion wird dem Haushalt zustimmen.

Herr Berlin möchte sich den Vorrednern teilweise anschließen. Wenn die Kommunen jetzt mehr belastet werden, dann sollte die Kommunalaufsicht sensibel mit den Haushalten der Kommunen umgehen. Personalkosten müssen gespart werden. Vielleicht sollte man Zusammenarbeit mit Nachbarkreisen forcieren. Wir werden dem Haushalt zustimmen.

Herr Borstell möchte die Dramatik der Lage noch einmal verdeutlichen. Das bringt uns auf die Frage, wie wir die Konsolidierung umsetzen wollen? Er ist der Auffassung, dass es ein Kraftakt wird, einen ausgeglichenen Haushalt 2011 zu erarbeiten. Es muss alles auf den Prüfstand gestellt werden. Ob dieses Volumen ausreichen wird, um den Haushalt zu konsolidieren und zielgerichtet auf null zu stellen, kann er sich nicht vorstellen. Es fehlen die Einnahmen. Die Steuerkraft der Kommunen muss sich erholen. Herr Borstell erklärt, dass er dem Haushalt zustimmen wird.

Herr Wiese wird dem Haushalt zustimmen. Für die Zukunft sollte der Landrat beauftragt werden, den Hebesatz auf dem Stand zu belassen. Wenn ich mir die Entwicklung der Personalkosten pro Einwohner ansehe, dann sollten wir die 225,00 Euro festschreiben. Man kann Personaleinsparungen auch sozial verträglich gestalten, z. B. durch Teilzeitarbeit. Wenn man vernünftig mit den Leuten redet, dann gibt es deutliche Meinungen. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Kommunen immer größere Probleme haben und wir die Infrastruktur im ländlichen Raum in kaotische Verhältnisse stürzen. Alle sollten daran denken, wir brauchen junge Leute im ländlichen Raum. Auch aus dem ländlichen Raum kommen Steuergelder und damit Arbeitsplätze.

Frau Braun bemerkt u. a., dass sie seit 15 Jahren im Kreistag Meinungen hört, dass wir uns hinsichtlich der Ausgabe Seite bescheiden müssen. Es kann nicht sein, dass der Landkreis ständig mehr Kredite aufnimmt, um Verwaltungskosten zu bezahlen und sich auch immer mehr bei den Städten und Gemeinden bedient, indem die Kreisumlage erhöht wird. Diese mahnenden Worte habe ich vernommen, habe aber aus Loyalität und der Notwendigkeit der Handlungsfähigkeit bisher immer dem Kreishaushalt zugestimmt. Es ist nunmehr jedoch höchste Zeit. Unser Dilemma im Landkreis ist ein Gesamtdeutsches. Kommunalpolitik heißt auch gestalten. Die Ausgabe Seite muss verringert werden. In ganz Deutschland besteht das Problem, dass wir uns einfach zu viel Staat leisten. Wir können nicht positiv vom Wachstum ausgehen. Das kann nicht unser Ansatz sein. Die freiwilligen Ausgaben sind jene, die uns zu Kommunalpolitikern machen. Hier gestalten wir. Sie kann nicht erkennen, dass es in den vergangenen 10 Jahren ein ernsthaftes Bemühen gegeben hat, die Personalkosten über ein klares Konzept zu senken. Das haben wir vor 10 Jahren bereits gefordert, und wir sind nicht weitergekommen, als das die Tarifierhöhungen wieder alles aufgefressen haben. Die KdU-Kosten und Personalkosten steigen und steigen. Das sind die Dinge, an welche wir ran müssen. Das vermisste ich an diesem Papier. Ich werde diesem Haushalt nicht zustimmen.

Herr Dr. Lischka spricht die Flugplatzgesellschaft Stendal-Borstell an und ist der Auffassung, dass über die Erhöhung der Einnahmen der Flugplatzgesellschaft die Zuschüsse des Landkreises gestrichen werden könnten.

Herr Raden möchte von Seiten der Kommunen zur Kreisumlage sagen, dass es so oder so nicht gut sein kann, wenn die Kreisumlage erhöht wird. Im Haushaltskonsolidierungskonzept ist festgehalten, dass sich der Hebesatz auch in den kommenden Jahren erhöhen wird. Es wird sich auswirken. Deutschland muss seine Verwaltungsstrukturen überdenken.

Der Landrat bezieht sich auf die Aussagen von Frau Braun zur Personalentwicklung und weist mit aller Entschiedenheit die Anmerkungen zurück. Wir haben dem KVPA und dem Kreistag vor gut 10 Jahren das erste Personalentwicklungskonzept vorgelegt. Wir sind bis heute einer von zwei Landkreisen, der den Mut hatte, einen sogenannten Haustarifvertrag zu vereinbaren. Es wurden in diesem Zeitraum über 100 Stellen abgebaut. Das werden wir weiter tun, aber es geht nicht in dieser Geschwindigkeit. Wir werden uns ansehen müssen, welche Aufgaben wir in Zukunft nicht mehr wahrnehmen.

Zur Flugplatzgesellschaft bemerkt der Landrat, dass dort etwas aufgebaut wurde, was sich sehen lassen kann. Es wurden rund 6,0 Mio. Euro investiert. Heute können wir jährlich über 20.000 Flugbewegungen registrieren. In Cochstedt hat man 60,0 Mio. Euro investiert. Im letzten Jahr hat es dort keine einzige Flugbewegung gegeben. Insbesondere in den vergangenen zwei Jahren ist es uns gelungen, diesen Auftrieb zu erhalten. Wir werden uns ansehen, ob man schrittweise die Gebühren erhöhen kann, ohne dieses Pflänzchen gleich kaputt zu machen.

Der Vorsitzende des Kreistages lässt über die Drucksache Nr. 140/2010 - Austauschvorlage - abstimmen.

*mehrheitlich beschlossen*

*Ja mehrheitlich Nein 5 Enthaltung 3*

**zu TOP 6 Beschluss über den Einführungstermin der doppelten Rechnungsführung**  
**Vorlage: 095/2010**

Der Vorsitzende des Kreistages verweist darauf, dass der Beratungsverlauf zu ändern ist. Der FHLA hat am 06.05.2010, der KVPA am 27.05.2010 und der Kreistag am 10.06.2010 über diese Vorlage beraten.

Er bittet um Wortmeldungen.

Herr Wulfänger verweist darauf, dass in 2006 vom Kreistag beschlossen wurde, die doppelte Rechnungsführung zum 01.01.2009 einzuführen. Aus verschiedenen Gründen wurde dieser Beschluss 2008 aufgehoben. Es ist vorgesehen, den gesetzlich festgelegten spätesten Termin, den 01.01.2013, für die Einführung zu nutzen. Im Jahr 2012 soll bereits doppelt, aber auch noch kameral gebucht werden. Wir haben den Finanzaufwand drastisch reduzieren können. Dies allein dadurch, dass wir auf Erfahrungen von anderen Landkreisen zurückgreifen können. Wir profitieren aber auch davon, dass das Studieninstitut sich auf die Schulungen zu diesem Thema konzentriert hat, die Softwarefirmen die Produkte jetzt wesentlich preiswerter anbieten und dass die Bewertungen des Vermögens eigenständig durchgeführt werden. Wir können nach heutigem Stand auf externe Beratung verzichten. Wir sind mit den Gemeinden in Kontakt. Schulungen werden stattfinden. Die Mitglieder des Finanz-, Haushalts- und Liegenschaftsausschusses werden als erstes einbezogen. Auch den Mitgliedern des Kreistages wird angeboten werden, an einer Schulung teilzunehmen. Dies jedoch erst, wenn der erste doppelte Haushalt vorliegt.

Es bestehen keine Anfragen.

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

*mehrheitlich beschlossen*

*Ja mehrheitlich Nein 3 Enthaltung 0*

**zu TOP 7 Austritt des Landkreises Stendal aus dem Zweckverband Naturpark Colbitz-Letzlinger-Heide**  
**Vorlage: 132/2010**

Es bestehen keine Wortmeldungen zur Vorlage.

*mehrheitlich beschlossen*

*Ja mehrheitlich Nein 0 Enthaltung 1*

**zu TOP 8 Entsendung der Verbandsvertreter des Landkreises Stendal in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Naturpark Colbitz-Letzlinger Heide  
Vorlage: 133/2010**

Zur Vorlage bestehen keine Wortmeldungen.

*einstimmig beschlossen*

**zu TOP 9 Organisation des Brandschutzes im Landkreis Stendal nach der Gemeindegebietsreform  
Vorlage: 137/2010**

Der Vorsitzende bittet um Wortmeldungen.

Herr Wulfänger bemerkt, dass durch die Gemeindegebietsreform die Thematik bearbeitet werden musste. Die Brandabschnitte wurden auf 4 festgelegt und ist das Ergebnis einer langen Diskussion (ca. ein Jahr). Es wurde Konsens in den Gemeinden hergestellt, und hier hat den größten Anteil der Kreisbrandmeister. Die Festlegung der Brandabschnitte erfolgte nach regionalen Gesichtspunkten, aber auch nach Gefahrenpotentialen. Neu ist, dass die Kreisjugendfeuerwehr mit eingebunden worden ist. Das ist auch ein Grund für die folgende Satzungsänderung.

Es bestehen keine weiteren Wortmeldungen.

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

*einstimmig beschlossen*

**zu TOP 10 2. Änderungssatzung zur Satzung zur Gewährung einer Entschädigung für ehrenamtlich tätige Bürger im Brand- und Katastrophenschutz im Landkreis Stendal  
Vorlage: 136/2010**

Der Vorsitzende bittet um Wortmeldungen.

Es bestehen keine Wortmeldungen.

Er lässt die Vorlage abstimmen.

*einstimmig beschlossen*

**zu TOP 11 Entsendung eines neuen Vertreters des Landkreises Stendal in den Aufsichtsrat der ALS Dienstleistungsgesellschaft mbH Stendal  
Vorlage: 141/2010**

Der Vorsitzende bittet um Wortmeldungen.

Es bestehen keine Wortmeldungen.

Er stellt die Vorlage zur Abstimmung.

*einstimmig beschlossen*

**zu TOP 12 Abberufung und Berufung von sachkundigen Einwohnern in beratende Fachausschüsse  
Vorlage: 152/2010**

Der Vorsitzende bittet um Wortmeldungen.

Es bestehen keine Wortmeldungen.

Er lässt die Vorlage abstimmen.

*einstimmig beschlossen*

**zu TOP 13 Ergebnisse und Erfahrungen bei der Verringerung der Folgen von Armut bei Kindern im  
Landkreis Stendal  
- Antrag der Fraktion Die LINKE.-Bündnis 90/Die Grünen -  
Vorlage: 153/2010**

Der Vorsitzende bittet um Wortmeldungen.

Herr Rettig bemerkt, dass zahlreiche Untersuchungen zeigen, dass immer mehr Kinder in hohem Maße von materieller Armut, aber auch von Bildungsarmut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind. Er verweist auf den Antrag bzgl. des Problems der Kinderarmut von Oktober 2007. Die erste analytische Darstellung der Situation war für viele Mitglieder des Kreistages erschreckend. Die Verwaltung arbeitete heraus, dass ca. ein Drittel der Kinder im Landkreis im Alter von null bis fünfzehn Jahren Leistungen nach dem SGB II, dem SGB XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen. Mehr als ein Jahr nach Antragstellung fasste der Kreistag einen Beschluss zu den Arbeitsschwerpunkten zur Verringerung der Kinderarmut. Der Antrag, den Beschluss abrechenbarer zu verfassen, wurde mehrheitlich abgelehnt. So ist es kein Wunder, dass seit damals bereits wieder achtzehn Monate vergangen sind, ohne dass wir Ergebnisse der Umsetzung dieses Beschlusses vom Dezember 2008 kennen und über weiterführende Maßnahmen sprechen können. Deshalb der vorliegende Antrag.

Es bestehen keine weiteren Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über den vorliegenden Antrag abstimmen.

*einstimmig beschlossen*

**zu TOP 14 Anfragen und Hinweise**

Der Vorsitzende bittet um Wortmeldungen.

Herr Rettig wendet sich mit drei Anfragen an den Landrat:

1. Es wurde schriftlich um eine rechtsverbindliche Auskunft zum heutigen Tag gebeten, inwieweit Bürgerinnen und Bürger in die Entscheidungsfindung „Steinkohlekraftwerk Arneburg“ einbezogen werden können.
2. Wann erhalten die jetzigen Ortschaften, die mit Kreisstraßen gequert sind, Ortseingangsschilder?
3. Am 9. Dezember 2009 beschloss der Landtag ein Gesetz zur Verbesserung des Schutzes von Kindern. Darin heißt es im § 3, dass in den Landkreisen und kreisfreien Städten lokale Netzwerke Kinderschutz für frühe und rechtzeitige soziale und gesundheitliche Hilfen und Leistungen für Schwangere, Kinder, Mütter und Väter einzurichten sind. Der örtliche Träger der Jugendhilfe übernimmt die Initiative und Steuerung zur Errichtung des lokalen Netzwerkes Kinderschutz und dessen Koordinierung. Die Landkreise und kreisfreien Städte erhalten für die Einrichtung und Unterhaltung der lokalen Netzwerke für das Jahr 2010 einen Betrag von



jeweils 20.000 Euro und ab dem Jahr 2011 einen Betrag von jährlich jeweils 10.000 Euro. Wurde dieses Netzwerk geschaffen? Wer sind Partner? Wurde das Geld beantragt und was wird damit gemacht?

Der Landrat gibt folgende Antworten:

Wir sind mit Partnern dabei, dieses Netzwerk zu schaffen. Es hat in der vergangenen Woche Abstimmungen gegeben. Diese Woche findet nochmals ein konkreter Termin statt.

Bezüglich der Ortseingangsschilder müssen die Kosten von 38.000,00 Euro getragen werden. Ich habe festgelegt, dass diese Summe heute und morgen nicht ausgegeben wird. Wir haben das Geld nicht und wir haben keinen Haushalt. Es wird ein Schreiben an das Innenministerium gerichtet, in welchem um Erstattung dieser Kosten gebeten wird.

Bezüglich der ersten Frage verweist der Landrat auf seine schriftliche Antwort. Der Kreistag hat beschlossen und sich gegen den Bau eines Steinkohlekraftwerkes entschieden. Somit ist ein Bürgerbegehren gemäß Landkreisordnung hinfällig.

Frau Braun hat beim Haushalt gesagt, dass wir uns etwas leisten, was wir uns nicht leisten können und bezieht sich insbesondere auf die Ausgaben für die Straßenschilder. Durch diese Gebietsreform wird es so kommen, dass durch den Wegfall der ehrenamtlichen Tätigkeit jetzt die Verwaltung um so mehr gefordert ist. Dadurch wird es zu einer Erhöhung der Verwaltungsausgaben kommen.

Es bestehen keine weiteren Anfragen.